

Volks-Zeitung

Geschäftsführer: Otto Ruffe, Berlin-Grütz.

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Send und Verlag: Rudolf Wolff, Berlin.

Einheitsbrot	0,50	Reichsindex	142,3
Milch	0,30	Strassenbahn	0,15
Briketts frei Haus	1,68	Hochb. Tstr.	11,0, 30, III, 0,15
Gas ohne frei Keller	2,22	sanne Str.	11, 0,30, III, 0,30
Strom o. Grundgeb.	0,16	Stadtbahn	11,0,25, III, 0,15
Gas 0,16, Wasser	0,15	Omnib. Teil	0,15, g. Str. 0,20

Zufuhr in Fleisch gut		Preise unverändert								
1,15, Schweinefleisch	0,90-1,10	1,15, Schweinefleisch	0,90-1,10							
Hindfleisch	0,85-1,10, do. ohne Knochen	1,25-1,40, Kalbfleisch	1,15-2,30, Hammelfleisch	0,85 bis 1,15, Schweinefleisch	1,00-1,55, Gefrierfleisch	0,90-0,95, Rückenteil	0,90 bis			
1,15, Schweinefleisch	0,90-1,10	Hindfleisch	ausgelegt	0,90-0,95, Salsberger	0,05-0,10, Butter	1,70 bis 2,20, Margarine	0,70-0,90, Eier	0,15-0,20, Kartoffeln	10 Pfund	0,50-0,60

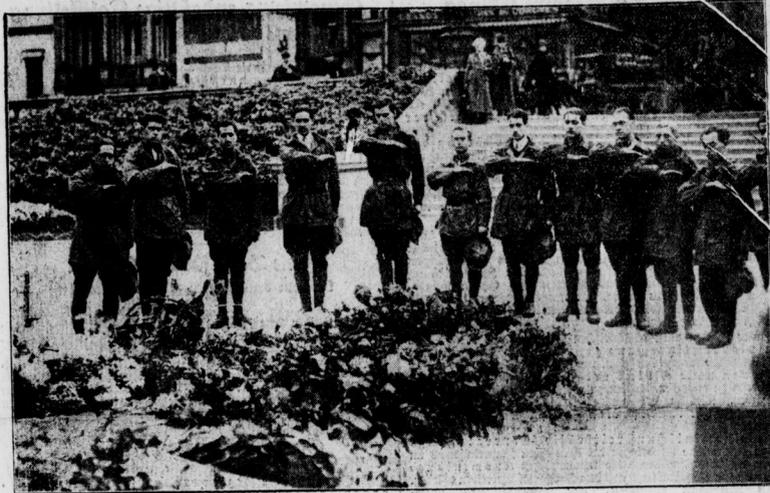
Te. l. 0,15, ausw. n. Zon. u. Zeit	Telegr. d. Wort	Berlin	0,05			
Polizei	0,05, 0,05, 0,05	Deutschland	Danz.	Lit.	0,10	
Post	0,05, F. u. Ost	0,05	Osterr.	0,12, Tschech.	0,15	
Ausl.	0,15, Tschech.	u. Ung.	0,10	Unst.	0,10, Schw.	0,15
Post	0,05, Pers. u. Ost.	0,10	0,17, Schw.	Dän.	0,18, Norw.	0,15
Ausl.	0,25, Tschech.	u. Ung.	0,20	0,21, Ital.	0,24, Grossbr.	0,27

Regierungsparteien hinter Stresemann

Eine gemeinsame Erklärung

Die heutige außenpolitische Aussprache im Reichstag

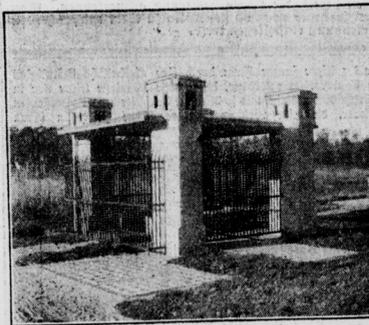
Die Vertreter der Regierungsparteien im Reichstag sind heute mittag zusammengetreten, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen. Die Verhandlungen beschränkten sich jedoch darauf, die außenpolitische Situation zu besprechen. Von der demokratischen Reichstagsfraktion nahm an den interfraktionellen Verhandlungen zum ersten Male wieder der aus Amerika zurückgekehrte Fraktionsvorsitzende, Abgeordneter Koch-Weser, teil. Es wurde beschlossen, sich bei der Besprechung der außenpolitischen Lage im Reichstag, die heute mittag begann, auf die Abgabe einer gemeinsamen Erklärung zu beschränken. Der Vertreter der Bayerischen Volkspartei, Abgeordneter Prälat Leich, wurde beauftragt, die Erklärung für die Regierungsparteien abzugeben.



Die spanischen Verschwörer in Brüssel
Die von Frankreich abgeschobenen Katalonier am Grabe des belgischen unbekanntem Soldaten



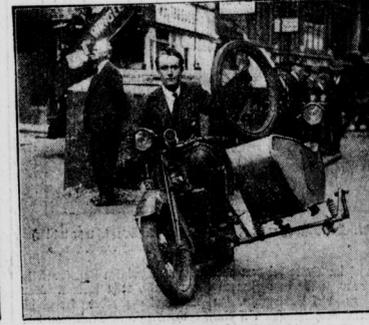
Revolutionären in Albanien
Bewaffnete Bergbewohner auf kriegerischen Pfaden



Eine unterirdische Pumpstation
der Charlottenburger Wasserwerke an der Havel



Ein Milchflaschenhaus
Das Verwaltungsgebäude einer amerikanischen Milch-Fabrik



Die Motax auf zwei Rädern
Wie man auch fahren kann, wenn man muss

Heute nachmittag tritt der Reichstag wieder zu Beratungen zusammen. Die im jetzigen Zeitpunkt der Verhandlungen über Beendigung der Militärkontrolle besonders bedeutsame Aussprache über die außenpolitische Lage wird heute besprochen. Man kann wohl ohne Übertreibung sagen, daß die Witterung jenseit recht düster für das Kabinett und den Reichstag aussieht. Außenpolitisch ist nach dem schmerzhaften Sturz von Thoiry ein nicht gerade erfreulicher Stillstand eingetreten, von dem es nicht sicher ist, ob er so schnell überwunden werden kann. Man kann die Ansicht hören, daß es unvorteilhaft sei, in diesem Augenblick, wo die Verhandlungen noch im Fluss sind, von der Reichstagstribüne herab über diese Dinge zu sprechen. Es scheint uns aber gerade bedeutsam zu sein, daß ruhig aber bestimmt in dieser Debatte einige Feststellungen über den Rhein hinüber gemacht werden, die zur Erhaltung und Fortführung der Thoiry-Politik unerlässlich scheinen, um so mehr, als Herr Poincaré in Paris neben Briand sitzt.

Das außenpolitische Interesse des Reiches verlangt, daß eine Ministerreise jetzt auf jeden Fall vermieden wird. Und es ist darum recht bedauerlich, daß eine ganze Reihe von Streitfragen die Harmonie zwischen Regierung und Parteien trüben. v. Hülsen-Edwards und Schunkeles, das an sich schon Anlaß genug zu scharfer Kritik gibt, abgesehen, ist die D. W. S.-Affäre und allerlei Inerquiditäten bei der Reichswehr zu erörtern. Die Veröffentlichungen über unstatthafte Vorgänge bei der Reichswehr oder ihren Angehörigen sind vermehrt worden durch Auszüge aus der Denkschrift des Jungsoführers Waranun, die dieser im März dieses Jahres dem Reichswehrministerium eingereicht hat, und die sich mit den Zusammenhängen zwischen Reichswehr und Wehrverbänden befaßt. Die Veröffentlichung dieser Denkschrift hat den inneren Streit innerhalb der „nationalen Bewegung“ noch erheblich verschärft. Im übrigen wird der Reichstag alle diese Dinge im Zusammenhang zu besprechen haben. Dazu werden auch die Vorschläge Böbes und anderer zu einer Reform des Heereserlasses gehören. Verlangt sei vorläufig nur, daß der Reichswehrminister in einem Artikel des Demozentralen sich gegen die Böbeschen Vorschläge wendet.

Es jetzt gerade der Moment gegeben ist für die gründliche Erleuchtung des Reichswehrproblems, dürfte strittig sein. Die Parteien haben bislang die Energie zu einer Reform nicht aufgebracht. Soll nun gerade ein Moment außenpolitischer Entscheidung auch noch mit dieser schweren Aufgabe befaßt werden? Schließlich muß auch gefragt werden, ob diejenigen, die Herrn Gehler schon für erledigt halten, sich jetzt ernsthaft fragen, wer an seine Stelle treten würde, und ob diese Heberlegung sie nicht zu größerer Zurückhaltung veranlaßt? Die D. W. S.-Affäre hat so ziemlich bei allen Parteien, von der Volkspartei abgesehen, die gleiche Unzufriedenheit her-

Schnelldienst

Der Reichspräsident empfing heute den belgischen Botschafter in Konstantinopel, Rabalun.

Der belgische Botschafter Graf Rodière traf heute in Berlin ein.

Der ehemalige italienische liberale Abgeordnete Benchesini, der ehemalige kommunistische Abgeordnete Galassotti und vier weitere Verbannten wurden zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Der neue belgische Botschafter in Moskau, Claret, überreichte dem belgischen Botschafter in Moskau sein Beglaubigungsschreiben.

Die Schließung des angriffen Reichstages fand heute nachmittag statt.

Auf der Vollversammlung der kommunistischen Internationalen in Moskau wurde gemäß der Beschlüssen des Parteikongresses Sinowiew zum Vorsitz und über Arbeit in der kommunistischen Internationalen entschieden.

In New-York wird heute eine japanische Mission im Gesamtwert von 100000 Dollars zur Beilegung aufgelegt. (Frankfurt)